

Kurzprotokoll der Stadtteilkonferenz

Anwesende: 59 Gäste, 9 Planungsgremium

s. Anwesenheitsliste

**Top
0**

Titel und Inhalt

Eröffnung

Hr. Mindemann eröffnet die STK im Namen des Teams, das die STK vorbereitet und verantwortet (hat). Hr. Blank begrüßt die Versammelten von Fr. Nothaft und bittet in der gesammelten Runde um die Legitimation des Teams zur weiteren Planung – diese wird einstimmig vorgenommen.

1

Grundschule Nußberg, Informationen zum Verbleib

Fr. Fröhlich leitet zum Thema Grundschule über. Fr. Ketels-Strauß berichtet über den aktuellen Stand der Dinge in Sachen Grundschule und von der Arbeit in der gemeinsamen AG mit der Stadtverwaltung, die das Ziel hatte, den Gerlingser Schulort zu prüfen und u.a. die Raumbedarfe zu ermitteln. Die AG fand unter Elternbeteiligung, mit Stadtverwaltung und Einbindung der Lehrer und der OGS statt. Da das Raumkonzept im Grundschulverbund besonders durch die Ergebnisse der Qualitätsanalyse hervorgehoben wird, war dies ein besonders heikel diskutierter Punkt. Fr. Ketels-Strauß lobt hier die Lehrer für das besondere Engagement, trotz originärer Aufgaben zusätzlich Konzepte zu erstellen und Zeit und Arbeit zu investieren. Sie berichtet von dem Versuch, von der Stadtverwaltung Informationen zu bekommen – was mehrmals ignoriert wurde. Da es nicht möglich war, von der Stadtverwaltung umfassende, valide Informationen zu erhalten, wurde zusätzlich der Petitionsausschuss des Landtages angerufen. Fr. Ketels-Strauß berichtet von dem gemeinsamen Gespräch, mit dem Ausgang, dass den Eltern ein Ordner mit unterschiedlichen Informationen zur Verfügung gestellt wurde. Sie verliest das Kurzprotokoll (s. Anhang). Weiteres Vorgehen: Die Informationen müssen gesichtet werden, ggf. werden dazu Fachleute benötigt, der Bedarf ist aber heute noch nicht abschließend geklärt. Stand: im Januar / Februar sollen die Informationen durch die Stadtverwaltung aufbereitet sein. Fr. Brühl bittet im Fall von bestehenden Mängeln um Weitergabe von entsprechenden Informationen (z.B. zu Brandschutzmängeln). Hr. Kollmann erläutert, dass den Eltern die Information zugegangen ist, dass der Brandschutz für die aktuellen Schüler vermutlich ausreicht, aber Brandschutzübungen würden nach Aussage von Hrn. Leye im gesamten Raum Iserlohn nicht mehr durchgeführt. Hr. Köpke entgegnet, dass die freiwillige Feuerwehr an der Grundschule in Sümmern einmal jährlich eine größere Übung mit den Grundschulern vornimmt. Hr. Herbers kündigt dazu eine Anfrage an, die im Ausschuss Brandschutz zur Überprüfung eingegeben wird. Fr. Brühl, Fr. Bieck und Fr. Labaj geben an, dass natürlich Brandschutzübungen vorgenommen werden. Hr. Stinn erinnert daran, dass die jährlichen Brandschauen für die Gebäudebewertung interessant sind; leider sind diese Informationen noch nicht verfügbar. Hr. Hufnagel äußert, dass es für ihn nicht relevant ist, ob in Gerlingsen ein schönes Gebäude steht. Ihm gehe es darum, den Standort Nußberg zu erhalten. Er wolle nicht, dass die Diskussion abdriftet, sondern der Fokus auf dem Nußberg liegt. Wichtig sei auch, dass der Schwerpunkt der Bewertung nicht auf den Finanzen ruht, sondern auf weichen und auch harten Fakten. Hr. Blank berichtet, dass es hier besonders stark um Finanzmittel gehe, was die Diskussion zusätzlich erschwert.

Fr. Ketels-Strauß ergänzt, dass der Schwerpunkt der Arbeit der engagierten Eltern auf dem Erhalt der Grundschule liegt. Die Berechnungen basieren auf der Frage, welche Kosten in Gerlingsen entstehen, falls der Schulort verlagert wird. Es gehe hier aber um Kinder, um Bildung, und hier müssten die Kosten in den Hintergrund gerückt werden. Die Gespräche in der AG hätten deutlich gemacht, dass viele der Folgen einer etwaigen Verlagerung überhaupt nicht bedacht wurden. Sie sagt: „**Es darf bei Kindern und Bildung letztlich nicht nur um Geld gehen**“. Hr. Herbers gab an, dies hätte direkt auch in der Ratssitzung besprochen werden können – der Schulort sei klar erhaltenswert, viele Bedingungen der Kostenberechnung seien noch nicht bedacht, man müsse den Fokus auf die Erhaltung der Schule auch für den Stadtteil legen. Hr. Boeven gibt an, dass genau das auf zwei Parteitagungen der SPD geschehen sei. Fr. Fröhlich berichtet nochmals kurz, dass die soziale Frage auch noch einmal Thema im Gespräch mit dem Bürgermeister war. Die Eltern haben deutlich gemacht, dass der Erhalt das oberste Ziel des Nußbergs ist. Hr. Stinn weist auf eine Verantwortung für den Stadtteil hin, die beide Schulen am Nußberg betrifft. Darum wurde der Petitionsausschuss des Landtages angerufen. In Überprüfungen solle aber parteipolitisches Gezänk herausgehalten werden. Hr. Peeren konstatiert, dass die Grundschule am Ort erhalten werden muss, die Frage des Geldes sei aus Sicht der Linke zweitrangig. Was man wolle, könne man auch erreichen. Hr. Blank regt an, die Stadtteilkonferenz solle erneut das Votum für den Erhalt der Grundschule abgeben: **Der Grundschulstandort soll am Nußberg erhalten bleiben**. Die Anwesenden bestätigen dies mit zwei Enthaltungen. Hr. Blenke ermahnt die Anwesenden, die Gesamtschule nicht zu vergessen, er wolle nicht dulden, dass bis 2021 die Container bestehen bleiben. Hr. Kollmann weist auf die anstehende Entscheidung, vermutlich im Frühjahr 2018, hin. Der Umbau der Gesamtschule müsse differenziert betrachtet werden. Hr. Renzel will nicht weiter politische Entscheidungen treffen müssen, die nicht auf Fakten basieren. Er wolle Daten, auf deren Basis man diskutieren und entscheiden könne – man dürfe auch den Stadtteil Gerlingsen nicht vergessen. Hr. Blank bat darum, diese Diskussion in einer Stadtteilkonferenz in Gerlingsen fortzusetzen.

2

Verkehrssituation

Hr. Kollmann schildert kurz den Diskussionspunkt und übergibt das Wort an Hrn. Kaiser. Dieser teilt mit, dass bauliche Maßnahmen, die zurückgenommen wurden und der aktuelle Durchgangsverkehr Faktoren sind, die das momentane Verkehrsaufkommen am Nußberg steigern. Auch Einkaufszentren, die leichter über Anwohnerstraßen erreichbar sind, müssten anders in die Diskussion einbezogen werden. Eine optimale Lösung für das Verkehrsaufkommen der Schulen sei noch nicht gefunden – der Antrag, die Schulen abzukoppeln vom Nußberg und den Zu- und Abgangsverkehr über die Baarstraße zu führen, wurde gestellt und wird aktuell im Verkehrsausschuss geprüft, nur so könne der Nußberg verkehrlich entlastet werden. Eine Umlenkung über die Arpkestraße werde auch nicht helfen. Ein Parkplatz, der gut angefahren werden kann, könne hier aber viel des Schulverkehrs entzerren. Er verweist auf den Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ und weist darauf hin, dass Kinder fußläufig ohne Fahrzeuge ihre Grundschule erreichen können müssen. Fr. Schönekeß berichtet vom Ortlohntal und unterstützt den Vorschlag, über die Baarstraße den Verkehr abzuleiten, auch vom Tannenweg bis zur Nußbergstraße sei eine starke Verkehrsbehinderung zu bemerken durch das Parken links und rechts. Der

Antrag für aufgesatteltes Parken sei bereits gestellt worden, sie kenne Verkehrsbehinderungen, die sich aber in Gutachten nicht bestätigen lassen. Hr. Goldbach fragt nach, warum der Verkehr vom Edeka bis zum Rewe am Nußberg nicht über die Baarstraße umgeleitet wird oder wurde. Die Langerfeldstraße sei problematisch, hier führen viele Eltern mit ihren Kindern zur Schule. Hr. Kaiser berichtet von einem Gutachten, das Ende des Jahres von einem Ingenieurbüro vorgestellt werden wird. Die Langerfeldstraße sei abgrenzbar, wenn bauliche Maßnahmen dazu genutzt würden. Hr. Kollmann fragt nach, ob „Anwohnerstraße“ statt „Anliegerstraße“ dazu eine Option sei. Hr. Kaiser sieht hier nur einen sehr geringen Nutzen. Hr. Baumhardt äußert, dass eine Erhaltung der Grundschule auch aus verkehrlicher Sicht notwendig sei. Er sichert Unterstützung zu, da die Verlagerung nach Gerlingsen auch eine weitere Verschärfung der Lage bedeuten würde. Hr. Blank berichtet von Veränderungen am Tannenweg, der mittlerweile auch zu einer Durchgangsstraße geworden ist – damit umgehen viele Fahrer die Ampelphasen – und dies betrifft nicht nur PKW, sondern auch LKW. Er gibt an, dass der Tannenweg eine Anliegerstraße war, aber es faktisch nicht mehr ist. Auch die Geschwindigkeit der Fahrzeuge ist bedenklich, da viele Fahrer hier extrem schnell bergab rasen. Die Verkehrssituation sei in dem Anwohnergebiet mit 30er Zone angespannt. Fr. Fröhlich berichtet, dass heute eine Verkehrszählung vorgenommen wurde – sie sei selbst auch gezählt worden. Ebenfalls beobachte sie häufig, dass viele Gesamtschüler zur Schule gebracht werden; in einigen Fällen kenne sie auch triftige Gründe. Evtl. müsse ein „Elternparkplatz“ angeboten werden, dies sei auch der Verwaltung schon vorgeschlagen worden. Als persönliches Anliegen nennt sie einen „Zebrastreifen“ auf der Höhe Arpkestraße / Nußbergstraße. Fußgängerüberwege seien auch in Nachbarstätten trotz bestehender 30-Zonen schon zu finden. Die Umwelt sei ebenfalls ein Faktor, der eine Rolle spiele. Viele Familien hätten bereits zwei Fahrzeuge, die ihrerseits auch eine Umweltbelastung bedeuten. Auch der Kindergarten Ortlohnstraße sei eine Stelle, an der der Verkehr sehr dicht und sehr schnell unterwegs sei. Hr. Herbers weist darauf hin, dass eine Beschilderung nur wenig Ergebnisse erbringen wird. Auch Anliegerstraßen würden kaum etwas bewirken. Zur Erleichterung am Nußberg müsse man den Verkehr aus dem Viertel herausführen. Hr. Luxnat schildert, dass die Öffnung an der Langerfeldstraße (unten) auch nicht bei allen Anwohnern auf Zuspruch gestoßen ist. Dort werde aber eine Lasermessung erfolgen. Der Tannenweg sei ebenfalls ein Punkt, an dem man dies tun müsse und werde, es sei zu prüfen, von welchen Stellen aus man gute Sicht auf ein gerades Stück Straße habe. Hr. Blank und Hr. Strauß bieten ihre privaten Stellflächen an, um von dort eine Lasermessung durchzuführen. Anliegerausweisungen seien „zahnlose Tiger“.

3

Sparkassenstandort Nußberg

Hr. Kollmann leitet auf den Tagesordnungspunkt über und verweist auf die Berichterstattung in der Tagespresse (dort stand zu lesen, jede 2. Filiale solle geschlossen werden). Die Filiale am Nußberg weise einen hohen Anteil alter Menschen in ihrem Kundenstamm auf; Onlinebanking oder ähnliches seien nicht umsetzbar für diese Klientel. Hr. Köpke berichtet von einer Veranstaltung mit Dr. Krämer von der Sparkasse. Dieser habe angegeben, dass das Kundenverhalten sich verändere und Kredite keine Gewinne mehr erwirtschaften. Es werde momentan gezählt, wie stark die Filialen genutzt werden – eine starke Nutzung der Filiale sei also notwendig, um hier deutlich zu

machen, dass die Filiale gebraucht würde. Hr. Blank erläutert, dass hier durchaus auch Kunden eine Schwierigkeit wahrnehmen, weil der Personalschlüssel bereits sehr stark reduziert wurde. Die Sparkasse brauche auch keine fünf Vorstandsmitglieder. Dies wurde aus dem Publikum (Zuruf) dementiert und korrigiert, es seien aktuell drei Vorstandsmitglieder. Die Filiale am Nußberg sei ein wichtiger Standort, der vor Jahren die Monopolstellung im Viertel erwarb – nun könne man 70- oder 80-jährigen Nußbergern nicht zumuten, Onlinebanking zu betreiben. Weiter sei die Sparkasse mit Terminals ausgestattet, die nur für Stehkunden nutzbar sind – auf Nachfrage: aus Sicherheitsgründen dürften Sitzbänke nicht aufgestellt werden, obwohl vorhanden. Hr. Blank fragt nach, warum dies so sei. Auch die Frage nach der Verwendung von Geldmitteln der Sparkasse für die Stadt Iserlohn sei offen. Hr. Baumhardt erläutert, dass die Stadt Iserlohn keine Geldmittel von der Stadtparkasse bekomme, es sei höchstens über Vereinsunterstützung der Wechsel von finanziellen Ressourcen möglich. Es sei aber, wenn eine Bank beschließe, den Standort zu schließen, annähernd unmöglich, dies zu verhindern. Hr. Hufnagel gibt an, dass alle Fraktionen in Iserlohn sehr kritisch gegenüber einer Reduktion von Filialen seien. Hr. Blank erinnert an die soziale Verantwortung der Sparkassen. Er hält es für unmöglich, diese Verantwortung zu ignorieren und nicht mehr für die Kunden da zu sein. Hr. Peeren bittet um die Sicherung von Daten, bevor weiter Diskussionen erfolgen. Hr. Kollmann kündigt an, die Stadtparkasse um Informationen zu bitten, um zur nächsten Stadtteilkonferenz Fakten und Daten vorweisen zu können.

4 **Zukunft am Berliner Platz**

Hr. Kollmann berichtet von der Gesamtdarstellung des Berliner Platzes, der immer weiter „verwahrlost“. Er bittet um Rückmeldung, was damit geschehen soll. Fr. Schönekeß vermutet, dass das Gebäude incl. Vorplatz der Sparkasse gehört. Dies dementiert Hr. Blank, der bereits nachgefragt habe. Dieser Platz gehöre der Stadt und sei viele Jahre von einer älteren Anwohnerin gepflegt worden, die aber kürzlich verstorben sei. Hr. Kollmann kündigt auch hierzu an, die Stadtverwaltung um Informationen zu ersuchen. Hr. Goldbach erinnert daran, dass die Stadt den Nußberg vor Jahren großflächig begrünt hat, jetzt müssten die Grünanlagen aber auch einmal gepflegt werden. Der TOP 6 wird an dieser Stelle vorgezogen. Hr. Kollmann berichtet von der Lage an der Liebigstraße, an der sich aktuell ein Festplatz befindet, den man aber unter der wild gewachsenen Begrünung kaum noch erkennen kann. Dieser Ort, so Hr. Blank, sei im Bebauungsplan ein Festplatz, aber mittlerweile zur Deponie für städtische Baumaßnahmen verkommen. Er schlägt vor, diese Nutzung zu ändern. Auch hier möchte das Team der Stadtteilkonferenz nachhaken.

5 **Leerstehende Kapelle am Ortlohnpark, Nutzungsmöglichkeiten**

Hr. Mindemann berichtet von der Kapelle, nach der er öfter gefragt wird. Die Kapelle sei auch bei Brautpaaren gefragt, doch sie könne im aktuellen Zustand nicht genutzt werden und sei leider heruntergekommen. Ebenso stellt sich das Teehaus dar. Beides – das Teehaus und die Kapelle – könne und solle genutzt werden, ein Eigentumserwerb von der Landeskirche durch die Kirchengemeinde, mit Instandsetzung und Instandhaltung der Gebäude sei für die Kirchengemeinde allein schlichtweg nicht bezahlbar. Andachten, Trauerfeiern und Hochzeiten könnten dort – zentral am Nußberg – durchgeführt werden. Wichtig sei aber die Erhaltung der Gebäude mit ihrer gewachsenen,

nostalgisch-symbolischen Bedeutung. Hr. Blank äußert, die kleine Kapelle liege den Nußbergern am Herzen und stellt die Idee vor, einen Förderverein zu gründen, der sich um die Kapelle kümmern könnte. Die Kreishandwerkerschaft sei interessiert, dort Auszubildende im Handwerk einzusetzen, die sich einbringen können und dabei zugleich berufliche Erfahrungen sammeln. Die Landeskirche wolle die Kapelle für einen Euro veräußern, wenn es eine entsprechende Institution gebe. Die Bausubstanz sei nicht derart schlecht, es müsse gereinigt werden, dazu kämen dann aber laufende Kosten, z.B. für Beheizen, Wartung usw. Hr. Mindemann hat bereits beim Landeskirchenamt angefragt, aber keine befriedigenden Antworten erhalten. Ebenfalls sei einmal im Gespräch gewesen, dass der Träger der Seniorenanlage die Kapelle übernehmen wolle, dies sei „aber vom Tisch“. Hr. Blank schildert ein Beispiel für Nutzungskonzepte (Hochzeitsveranstaltungen).

6 Festplatz an der Liebigstraße
Im TOP 4 mit behandelt.

7 Barrierefreiheit am Nußberg

Hr. Kollmann schildert die aktuelle Situation am Nußberg bzw. einige der „Fallen“, die sich am Nußberg für Menschen mit Gehbehinderungen befinden. Hr. Blank lobt die Kirchengemeinde St. Johannes für die Vorreiterfunktion als barrierefreier Ort. Am Papiercontainer an der Arpkestraße z.B. sei aber die Nutzung für alte Menschen mit Bewegungseinschränkungen nur erschwert möglich (hier ging es um die Gummilippen, die die Hand des Einwerfenden zurückhalten). Es soll durch den Seniorenbeirat in Kürze eine genauere Begehung stattfinden. Hr. Kaiser schlägt vor, eine Selbsterfahrung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen abzustimmen und am Nußberg durchzuführen, wie sie zuletzt in Letmathe geschehen ist.

8 Integration der Migranten am Nußberg, aktueller Stand und Lage

Hr. Kollmann stellt den TOP vor und kündigt an, bei der Stadt nachfragen zu wollen, wie viele Familien mit Migrationshintergrund am Nußberg zu finden sind, wie diese bereits vonseiten der Stadt schon integriert werden und auch wie wir als Bürger am Nußberg dies weiter unterstützen können.

9 Verschiedenes

Über Hrn. Blank: Anfrage von den Nutzern der Hundewiese am Baarbach: könnten nicht von der Stadt Behälter für Hundekotbeutel angebracht werden?

Nach der Frage nach weiteren Wortmeldungen wird die Stadtteilkonferenz von Hrn. Kollmann und Hrn. Mindemann beendet.

Gez. P. Strauß, 19.09.2017

Anhang I:

Protokoll der gemeinsamen Sitzung „Stadtverwaltung und Eltern“ am 12.09.2017

(Gekürztes, in der Stadtteilkonferenz verlesenes Ergebnisprotokoll)

Hr. Wojtek fragt: „Was wollen die Eltern?“. Und teilt mit: so schnell, wie die Eltern meinen, geht es nicht. Einige Fragen seien noch offen, da unklar gestellt. Hr. Blank macht deutlich, dass bei den Eltern, die ihr Kind anmelden wollen, durch die Verzögerung starke Unsicherheit entsteht. Fr. Fröhlich ergänzt dass Familien v.a. im Ortlohnpark, großen Unmut spüren.

Hr. Wojtek meinte, man könne und müsse die Art der Kommunikation verbessern, worauf Hr. Strauß antwortet, dass wir das ebenso beurteilen. Hr. Kolbe gab darauf zurück, es sei nicht sinnvoll, eine Akte mit 15 Ordnern zu sichten. Die Anwesenden sind sich nicht einig über den Zustand des Gebäudes in Gerlingsen – die Eltern halten es für nicht optimal für Grundschüler, die Stadtverwaltung ist der Meinung, es sei in extrem gutem Zustand. Ein strittiger Punkt in dieser Sache ist der Brandschutz. Hr. Leye merkt an, niemand führe mehr Brandschutzübungen in Schulen durch. Hr. Manzke erwidert, dass diese zuletzt wegen hoher Verletzungsgefahr laut Aussage des Hausmeisters nicht mehr durchgeführt wurden.

Nach der Frage des Bearbeitungsstandes durch Hrn. Kollmann antwortete Hr. Dr. Ahrens, die Kosten seien noch nicht berechnet, zuvor könne aber keine Entscheidung gefällt werden. Fr. Ketels-Strauß fragt, woher die ominöse Zahl „8 Millionen Euro“ stamme, die in der Ratssitzung im Dezember genannt wurde. Hr. Leye meinte, es sei lediglich eine Schätzung gewesen, Hr. Dr. Ahrens bat um Verständnis für die Stadtverwaltung, die auch Kosten im ganzen Stadtgebiet im Blick haben müsse.

Durch Hrn. Bürger-Neumann wurden Informationen weitergegeben (mündlich und in Papierform). Diese sind noch nicht umfassend durch uns gesichtet worden.

Hr. Manzke und Hr. Blank machen nochmals deutlich, dass es unser erklärtes Ziel ist, die Schule am Standort zu halten und dass es nicht zielführend ist, Grund- und Gesamtschule gegeneinander auszuspielen, da die Gesamtschule „von Anfang an sehr willkommen im Stadtteil war“. Diskutiert wurde auch die Verkehrssituation, wobei Uneinigkeit über die Auslöser des Verkehrsaufkommens (Grundschule/Gesamtschule/Eltern) besteht.

Fr. Fröhlich forderte, dass das pädagogische Konzept „Raum als 3. Pädagoge“, das auch bei der QA ein besonders gutes Ergebnis gezeigt hat, erhalten bleiben muss – am aktuellen oder einem anderen Schulort.

Hr. Leye berichtete von Landes- und Bundesmitteln, die momentan simultan zur Verfügung gestellt würden, um Schulen im Stadtgebiet zu unterstützen. Hier sei ggf. eine Neubewertung

auch für die Grundschule denkbar, denn mit Beträgen von ca. 10 Mio (Land) und 5,5 Mio (Bund) könne man „etwas machen“.

Man sprach über den demographischen Wandel im Viertel und den Zuzug junger Familien. Hr. Kolbe teilte mit, die Verwaltung prüfe die Sachlage sehr genau und ergebnisoffen. Auf die Frage, ob die Kinder denn nun angemeldet werden könnten, gab Hr. Leye die Antwort, vor 2021 passiere nichts mit der Grundschule.